

Die „Volksmacht“  
jährt täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Gesellschaft. Preis Grammatik 6/6,  
durch die Post und  
durch Postorten zu bezahlen.  
Preis vierstehendes Blatt 2.50,  
preis Woche 20 M.  
Vorlesungssatz Nr. 7780.

Inserationsgebühr  
berügt für die einfachste  
Beteiligung über deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Veranstaltungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Ausgabe  
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der  
Gesellschaft abgegeben werden.

Telephon  
Nr. 451.

# Der Rundschau

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon  
Nr. 451.

Nr. 132.

Freitag, den 9. Juni 1899.

19. Jahrgang.

## Politische Übersicht.

### die Kanalvorlage und die politische Lage.

Bekanntlich war die Regierung vor dem letzten Reichstag eifrig bemüht, ein neues Kartell zusammen zu rufen. Herr Miquel blies die Sammlungsschallmei: Man sollte sammeln „alle diejenigen Parteien und wirtschaftlichen Gruppen, welche an Stelle des Kampfes der Interessen gegen einander, den friedlichen Ausgleich derselben erstreben.“ Das heißt: Im Namen des Profits sollten die Schlößbarone und die Kräutjunker, die Haifische der Großindustrie und die unflätigen Kräuterer, die Großgrundbesitzer und die Bauern ihre Frieden schließen. Der Plan war nicht übel, und auch die Form, in der er durchgesetzt werden sollte, erfreute durch ihre einfache Klarheit: keine ideologischen Beithaten, keine pathetischen Phrasen, klar und neit die „Fazit“ des Fassungs „im Zentrum des Kriegs“. Miquel hatte jedoch die Wirkung seiner Aktionen so erhofft: im Hause gegen das Proletariat sind keinerlich die gesamten „staatserhaltenden“ Parteien einig, aber es erwies sich bei dieser Gelegenheit abermals, daß im Übrigen die Interessen der einzelnen Gruppen diametral entgegengesetzt sind, daß bei dem „Kampf um den Platz am Futtertrog“ ein Ausgleich unmöglich ist. So ging denn die Sammlung in die Brüche noch vor der Wahl, und Herr Miquel hatte Mühe die Scherben zu sammeln.

Eine Episode des Sammlungstrummels verdient ins Geschichtsgerufen zu werden. — Die Vorarbeit zur Sammlerei wurde in dem famosen „polpolitischen Beirath“ besorgt. Vor die Debatte zu treten wagte man im Reichstag nicht, obgleich hier, da es sich ja um die Reichstagswahl handelte, der richtige Weg gewesen wäre; man zog es vor, die Sache im Halbdunkel des preußischen Dreiklassen-Landtages zu behandeln. Natürlich mußte hier die Gelegenheit bei den Haaren herbeigezogen werden. Es war am 4. März 1898; zur Beirathung stand eine Petition betreffend die Erwerbung eines Flachsförstverfahrens auf Staatskosten. Wie sollte man da auf die Sammlung kommen? Ein Nationalliberaler, Herr Möller, und das Mittel in geradezu genialer Weise: Der Flachsbaum, meinte er, sei ein recht nützliches und gottgefälliges Geschäft, aber es rentiere nicht mehr, wenn die Löpne ein gewisses Niveau überschreiten. Damit war der gemeinsame Boden gefunden und das Schachern konnte beginnen: Laurahütten-Raudorf und Kanitz, der Vater des „gemeingefährlichen“ Getreidemonopolgedankens etablierten sich zu Allem bereit, wenn man ihnen die Garantie für die Erhöhung der Getreidezölle gebe. Möller versicherte, man würde darüber schon einig werden und Herr Miquel nickte ihm und den Agrariern verständnisvoll zu. — Das war der erste Erfolg der Sammlungspolitik.

Ein Jahr ist seither vergangen und wir sehen in demselben preußischen Landtage die „Parteien und wirtschaftlichen Gruppen“ in wütender Fehde sich gegenüberstehen und von einem „friedlichen Ausgleich“ ist nicht mehr die Rede. Allerdings ist er auch eine höchstwichtige Frage, die dem Bruderstreit zu Grunde liegt, eine Profitsfrage, bei der die Gemäßtheit ausfällt. Die Großindustriellen brauchen den Mittelland-Kanal. Der wirtschaftliche Aufschwung ist der heimischen Industrie, weil sie Großindustrie ist, im ausgedehntesten Maße zu Gute gekommen; die Entwicklung ist so gewaltig, daß die Verkehrswege nicht mehr ausreichen. Aber gegen diese neuen Verkehrsrader haben die ostelbischen

Großgrundbesitzer einen Einwand erhoben: Sie behaupten, der Kanal würde ein „Einfallsloch für fremdes Getreide eröffnen.“ Das ist zunächst Unsinn, denn die Frachtermäßigung, welche den Getreideimporten zu Gute kommt, ist so gering, daß sie nicht gerade bedeutend ins Gewicht fällt, und außerdem ist der Kanalbau ebenso günstig für die Ostelbier, weil er einen billigen Transportweg vom Osten nach dem Westen für Getreide schafft, also denselben Zweck dient, zu dem auf Betreiben derselben ostelbischen Großgrundbesitzer die Staffel tarife eingeführt wurden. Aber es kommt für die Junker auch wenig auf die Grinde an: Sie haben einfach die Kanalfrage zu einer Machfrage erhoben. Mit herzerwärmendem Cynismus erklärte das Agrarierblatt, die „Deutsche Tagesszeitung“: Warten wir noch fünf Jahre! Haben wir nachher einen wirklich ausreichenden Zollschlag, haben wir keine zinsfreien Zollredite, keine gemischten Transitlager mehr, ist die Zollstrukturvergilzung bei der Mehlausfuhr vernünftig geregelt, ist dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft etwas abgeholfen, dann wollen wir mit uns reden lassen. Mit anderen Worten: Wir bewilligen, wenn die Regierung allen unseren Plänen in Bezug auf die Brotvertheuerung und die Knechtung der Landarbeiter, nachkommt.“

Die Regierung nun, und mit ihr die Schlößbarone, haben ja auch prinzipiell gegen die Brotvertheuerung wenig einzutragen, aber sie können eben sich nicht binden. Heute weniger denn je. Der wirtschaftliche Aufschwung ist bedingt durch den Außenhandel. Es muß die Position auf dem Weltmarkt behauptet werden und sie ist nicht zu behaupten, wenn Deutschland daran denken wollte, die Getreidezölle zu erhöhen. Russland, Vereinigte Staaten, Südamerika als Getreideproduzenten, England als Vermittler auf dem Getreidemarkt würden zweifellos Repressionsmaßregeln ergreifen und das darf die industrielle Bourgeoisie um keinen Preis zugeben, darf sie besonders jetzt nicht zugeben. Derselbe wirtschaftliche Aufschwung, der zur Erweiterung der Verkehrswege in Deutschland drängt, er macht sich noch in weit bedeutenderem Maße geltend drüber in Amerika, in Russland, in den Kolonialländern. Bisher, zur Zeit der Krise, haben die deutschen Kaufleute und Unternehmer den Engländern auf dem Weltmarkt mit Erfolg Absatzgebiete freitig gemacht, jetzt führt der Aufschwung neue Konkurrenten auf den Markt, vor Allem die Amerikaner, und in Russland zieht sich das deutsche Kapital selbst Konkurrenten für dessen Markt auf. Der Krieg, den die Agrarier herbeisehn, würde verhängnisvoll für die Industrie und den Handel werden.

Deshalb gibt es keinen „Ausgleich“, und deshalb die Hassstättigkeit der Ostelbier, die denn auch die Kanalvorlage in der Kommission zu Falle gebracht haben.

Das Interessanteste ist aber, wie dieser Interessenkonflikt geführt wird. Der Mittelland-Kanal ist durchaus keine speziell preußische Angelegenheit, denn die Mitteldeutschen Staaten sind weit stärker interessiert an dem Zustandekommen des Projektes wie Pommern oder Schlesien, trotzdem liegt die Entscheidung in den Händen des preußischen Dreiklassen-Landtages und damit in den Händen der preußischen Junker. Ein Beispiel, wie sich die Unterlassungsfähigkeit der deutschen Bourgeoisie, die vor fünfzig Jahren ihrer Aufgabe nicht gewachsen war, an ihr rächt. Des Weiteren ist es ein kostliches Schauspiel, zu sehen, wie das deutsche liberale Bürgerthum in ohnmächtiger Wuth schaut, ob der konsequente Interessenpolitik der Junker und ihrer Helfer. Die „Liberalen“ werfen die Frage auf, ob die Regierung die Kraft haben wird,

eine Pression auf die vielen Landräthe und andere Beamte, die im Landtage sitzen, auszuüben, damit diese Beamten, welche zum größten Theil den Konservativen angehören, für die Regierungsvorlage stimmen. Ein Liberalismus, der sich nur dadurch zu helfen weiß, daß er nach derartigen antiparlamentarischen Mitteln ruft, ist in der That ein unlösbares Gebilde. Und doch sind in Preußen tatsächlich die industriellen Interessen heute ausschlaggebend. Es hat eben die Bourgeoisie den giftigen Spott der „Kreuzzeitung“ und anderer Zeitungen auf vollkund verdient — nur der politischen Rückständigkeit dieser Bourgeoisie verdankt der Dreiklassen-Landtag sein Leben. Und schließlich die Regierung: Sie ist sich bewußt, daß sie in Wirklichkeit heute nicht anders kann, als die Interessen der Industrie zu vertreten, die Entwicklung zwingt sie dazu, aber sie ist ohnmächtig gegen die Junker, auf welche sie sich bei allen ihren reaktionären Plänen stützt.

Sie hat ihren äußersten Trumpf ausgespielt — das militärische Interesse am Kanal. Da die Konservativen stets und immer für den Militarismus eingetreten sind, da ihre Führer stets die Opposition gegen den Militarismus als Verrat an den heiligsten Interessen hinstellten, so blieben ihnen allerdings nichts Anderes übrig, als über den Stock zu springen, sobald der Kriegsminister erklärt, der Kanal sei notwendig, um im Kriegsfall die Eisenbahnen für den Transport der Truppen freihalten zu können. Aber es ist stark, wenn man den Auguren zumutet, ihre Sprüche ernst zu nehmen. Die Konservativen wissen am allerbesten, wie das Wort von den „heiligsten Interessen“ und von der „Vaterlandsverteidigung“ aufzufassen ist, weil sie selbst damit beständig die Dummen über den Löffel backieren, und es ist ganz in der Ordnung, wenn aus der agrarisch-konservativen Presse die Antwort ganz im Tone des famosen Kaluswörter „kein Kanal, keine Kähne“ zurückschlägt.

Es scheint also ziemlich sicher, daß die Kanalvorlage, die in der That volle Berechtigung hat, und an welcher die Großindustrie hervorragend interessiert ist, von den Ostelbieren zu Falle gebracht wird. Der ganze Vorgang ist aber geeignet, die Verzerrung der politischen Kräfte Deutschlands aufs grelle zu beleuchten. Der Zusammenspiel gegenständlicher Interessen wird noch viel schärfer werden, wenn es zur Entscheidung über die Handelspolitik kommt. Der Ausgang wird dann wahrscheinlich anders sein, weil sie eben im Reichstag erfolgen wird, wo die Machtverhältnisse klarer zum Ausdruck kommen.

**Gegen die Buchthausvorlage**  
nahmen zu unzehn am Mittwoch in Berlin tagende, von vielen Tausenden besuchte Arbeiterversammlungen folgende gleichlautende Resolution an:

Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der gewerblichen Arbeitsverhältnisse ist ein Produkt krassester Klassevorurtheils und ein Attentat auf das Koalitionsrecht.

Die Erhebung dieses Entwurfs zum Gesetz würde das Koalitions- und Vereinsrecht der gewerblichen Arbeiter, die schon gegenwärtig durch die Handhabung der bezüglichen Bestimmungen durch Polizeigewalt und Gerichte ausser Acht gestellt sind, vollständig vernichten.

Der Gesetzentwurf setzt aufs Neue, daß wir in einem Klassenstaate leben, der weder den Willen, noch die Fähigkeit besitzt, den Arbeiter diejenigen Rechte zu gewähren, die er benötigt, um für seine Arbeitskraft den Preis zu erzwingen, den die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und die Höhe der Unternehmensprofite ermöglichen.

Während die Unternehmerklasse in Ringen, Krefts, Verkaufsgenossenschaften und Berufsorganisationen verbündet ist und mit

viele Güte erwies. Da wurde sie durch das Eintreffen der französischen Truppen, durch die austriazischen Volksbewegungen, durch die allgemeine Un Sicherheit im Lande überrascht und gezwungen, länger, als sie anfänglich wollte, zu verweilen. Ich selbst riet dazu, sie schen mit hier als Österreicherin sicherer als in Thür. Bei Allem, was Ihnen, lieber Freund, thuer sein kann und bei Allem, was für Sie mit einer gewissen heiligen Rose von Disentis irgend in Verbindung stehen mag, beschwore ich Sie, sich der hilflosen Dame anzunehmen, bis sie in vollkommenen Sicherheit sein wird. Ja, ich geschehe es Ihnen, diese Pauline, sie war einst die Liebe meiner Junglingsjahre; eine Liebe, vor welcher auch heute noch ich nicht zu erröthen habe; eine Liebe, um derer willen auch Pauline unvermählt geblieben ist. Nicht vergebens habe ich Sie daher an jene Rose von Disentis gemahnt. Auch Sie haben geheißen. Ich kenne das Geheimnis Ihres Herzens durch meine Freunde, welche zu Wien auch die Freuden desjenigen edlen Mädchens war, das, durch Bosheit der Menschen kreßt, Sie, den Schuldlosen, verschließt und verdammt, und nachher ebenso unschuldig von Ihnen verdammt worden ist. Leben Sie wohl! Ich empfehle Sie dem Schutz Gottes. Wir einzelne Sterbliche tragen jeder nur Sandkörner zum Bau des ewigen Gottestempels bei. Begnügen Sie sich, wo Sie es finden, auch mit dem Sandkorn, und Sie werden mit sich und der Welt zufriedener, das heißt glücklicher werden. Dies wünscht aus ganzer Seele Ihr Freund P. Gregorius.

Flavian hatte in der jüngsten Zeit viel zu erstaute Erfahrungen gemacht, als daß die letzten Worte des lebensweisen Benediktins für sein Gemüth nicht hätten Bedeutung haben sollen. Ihre Wahrheit wurde seine Überzeugung. Bei diesem Lebewohl des sterblichen Mannes war es ihm, als schiede ein höheres Wesen von ihm, welches ihn in den schwersten Stunden zum Trost, zur Lehre, zur Geistesarbeit erfüllten wäre.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Rose von Disentis.

Von Gustav Blaß.

„Nein, lieber Hauptmann, nicht also... nicht länger als bis nach Ankunft der französischen Truppen die wahre Feindseligkeit für unser Haus vorübergegangen sein wird. Länger halte ich Sie nicht zurück. Ich bin derin mit dem Fräulein von Stetten einverstanden. Gestern reiste die unglückliche Dame nach Brigels hinauf, wo sie bei einem meiner Bekannten, dem Ammann, welchem ich sie empfahl, mit ihrer Kastanie einstweilen wohl verwahrt sein wird. Dort, wenige Stunden Wege von hier, werden Sie von ihr erwartet.“

Flavian unterwarf sich willig allen Wünschen und Anordnungen der Frau von Rastenberg. Nachdem sie ihn entlassen hatte, begab er sich in sein Zimmer und las den Brief des Vaters. Der Inhalt des freundlichen Schreibens, so viel Höflichkeit es auch enthielt, wurde so anziehend und erregend für ihn, daß er es mehrmals durchles und darüber nicht den Schlaf verlor.

„Wer weiß“, hieß es darin, „ob ich Sie, mein lieber junger Freund, je in diesem Leben wieder erblicke. In Tagen, gleich den gegenwärtigen, ist jede Zuversicht auf die nächste Stunde Verlogenheit. Auf jeden Fall nehme ich von Ihnen Abschied; Sie sind mir durch Ihre tüchtige Gestaltungweise von Herzen wert und lieb geworden. Das Haus Rastenberg darf ich Ihnen nicht erst empfehlen; wohl aber wage ich eine feierliche Fürsprache für das Fräulein Pauline von Stetten. Ich lasse sie von früheren Jahren her aus Deutschland. Sie war meine Freundin, sie ist es noch, und leider ist sie zum Theil durch meine Schuld in diese unheilvolle Gegend verschlagen. Sie kam vor wenigen Monaten, einer Zeit von Sulz in Thür empfohlen, nach Bünden; dann kehrte zum Befrei, wo Frau von Rastenberg ihr unerträg-

liche, die bisher für Flavian eine so bedeutungslose Person gewesen war, stand jetzt wie ein unter des Schicksals Fügungen herbeigeführter Genius da, der ihm vielleicht den Weg in sein verlorenes Paradies öffnen konnte. Pauline, was bisher in rätselhafter Dunkelheit geblieben, und nur sein neuwertiges Erstaunen gereizt hatte, klärte sich jetzt durch die zufällige Anwesenheit dieser Pauline und durch ihr Verhältnis zu Elstede auf. Elstede von Marmels war also nur „irre geführt“, beweiste in Wien vielleicht noch die ehemalige Härte, war vielleicht noch dem gegebenen Schwur treu. Wie viele berausende Hoffnungen entspannen sich aus diesem Gedanken! Das Werk der Trennung konnte vielleicht, wie manches andre, nur Werk des boshaftesten Malaria gewesen sein. Er hatte es abgeküsst und schwer gebüßt!

Die Erinnerung an des Grafen Tod mahnte ihn, die ihm vom Verstorbenen anerkannte Briefstafche zu öffnen. Vielleicht könnte er dadurch schon jetzt Aufklärung über die heimlichen Ränke des Mannes erhalten. Er nahm das eingeschlagene Bündel Papiere hervor, riß es auf und durchschaute flüchtig den Inhalt, doch was er zu finden wünschte, suchte er umsonst. Außer einem paar fast unleserlichen Briefen ohne Unterschrift aus dem österreichischen Hauptquartier, mit Fragen und Weisungen in militärischen enthaltend, und mehrerer Briefe von einem Wiener Bimthause, welches vermutlich die Geldgeschäfte des Grafen beauftragte, bestand das Uebrige in Kapital- und Zinsverzeichnissen vom Vermögen des Grafen selbst, wie auch von dem der Baronie von Griesenbach und ihrer Tochter Elstede von Marmels.

Gleichzeitig, fast unzufrieden, band Flavian die Papiere zusammen, die für Pauline's Tod, sowie für beide Dinge etwa einige Wichtigkeit haben könnten, blickte Geistes und Vornam der Graf gewesen war.







# Beilage zu Nr. 132 der „Volkswacht“.

Freitag, den 9. Juni 1899.

## Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 9. Juni 1899.

### Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die warme Sonnenscheine lachte gestern so heiter in die hohen Bogenfenster des Sitzungssaals hinein, daß die Unausmerksamkeit und Arbeitsunlust, die unsere Stadtväter bei der Ablösung ihrer Geschäfte bekundeten, ausreichende Erklärung fand. Die meisten der Herren sind gewohnt, im Sommer ein paar Wochen lang „auszuspannen“, Ferien zu machen und sehnend daher den Zeitpunkt herbei, an welchem auch unser Stadtparlament die Ferienpause eintreten lassen wird. Das Bureau der Versammlung ist schon mit gutem Beispiel vorangegangen, indem der Vorsitzende, Geheimrat Freynd, schon jetzt ins Bad gereist ist und auch beide Beisitzer gestern durch Abwesenheit glänzten. Wenn das am grünen Holze geschieht — da darf man sich nicht wundern, daß kaum zwei Drittel der Stadtverordneten erschienen waren.

Die Berathungen boten mit zwei oder drei Ausnahmen gar nichts, das einer besonderen Erwähnung wert erschien. Zu den Ausnahmen zählt besonders der Magistratsantrag, die alte Börse am Blücherplatz für das artige Säumischen von einer Million Mark anzukaufen und mit einem voraussichtlichen Aufwand von weiteren 300,000 Mark — wenn's nicht noch mehr werden! — zu Bureaus für die städtische Bauverwaltung umzubauen. Herr Referent, Herr Stadtverordneter Simon, wollte die Möglichkeit mit der Schwärzung eines Hagenmeisters in einen Ausschuß verschwinden lassen, aber Herr Stadtv. Dettinger verbarb den Spaß, indem er die Sachen einer recht eingehenden und unseres Erachtens zutreffenden kritischen Betrachtung unterzog. Er hält den Plan nicht nur für einen sehr wünschlichen, sondern auch für einen durchaus nicht zum Ziele führenden. Wenn man zu einer dauernden zweckentsprechenden Unterbringung unserer jetzt vielfach in Viehhäusern hausenden städtischen Bureaus kommen will, müsse man zum Bau eines großen städtischen Geschäftshauses schreiten, der sich mit verhältnismäßig geringen Mehrkosten ausführen lasse, wenn man ein schon im Besitz der Stadt befindliches Grundstück dafür verwenden. Auch der Herr Oberbürgermeister scheint kein gerade begeisterter Anhänger der Erwerbung der alten Börse zu sein und da sich auch in der Versammlung nicht ein warmer Freund des Projekts erhob, wurde die Vorlage mit großer Majorität an die Ausschüsse IV und V verwiesen.

Grobhafte Kansust zeigte sich in der Versammlung bei der Beratung des Magistratsantrags, ein an der Füllertinsel gelegenes Terrain zu erwerben, um damit dem dort auf jetzt schon der Stadt gehörenden Grunde zu erbauenden Elektrizitätswerk einen Zugang zur Straße zu schaffen. Man war der Überzeugung, daß die Stadt sich in einer Zwangslage befindet und kaufen muß, wenn sie ihren eigenen Grundbesitz möglich verwerthen will und man möchte daher zu dem theueren Preise süßsaurer Gesichter. Der hohe Preis war es wohl auch, der 34 Stadtväter veranlaßte, für Ausschüßberatung zu stimmen, während 32 sofort zuschlagen wollten.

Eine etwas angeregtere Debatte verursachte das befürwortende Ausschüsseurtheil über die beantragte Verlängerung der Vereinbarung betreffs Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung bei Abschluß von Verträgen. Man will bei Verträgen von geringer Bedeutung nicht erst das umständliche und zeitraubende Votum der Versammlung einholen, sondern dieser nur die Vertragsentwürfe zur Kenntnis bringen. Die Vorlage enthält neben dem Votum, die Arbeitslast der Stadtverordnetenversammlung zu vermindern den unleugbaren Nachtheil einer wenn auch nicht bedeutenden Einschränkung der Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung und fand daher auch einige Gegner. Die Mehrheit aber beschloß die beantragte Prolongation, nachdem der Herr Oberbürgermeister eine baldige befriedigende Neuregelung der Sache in Aussicht gestellt hatte.

In der geheimen Sitzung führte die Frage der Nominierung eines zu wählenden unbefoldeten Stadtraths zu längeren Debatten. Die Vorfühler der freien Vereinigung die Herren Beissenherz und Dr. Schwarzer, traten für den hiesigen Samenhändler Scholz ein, während die Liberalen den Rentier und Stadtverordneten Kurz empfahlen. Letzterer errang dann auch die Mehrheit.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kamen nach einigen geschäftlichen Mitteilungen u. a. folgende Vorlagen zur Verhandlung:

Schulhausbau. Auf dem Zwölfitzischen Grundstück zwischen der Zeulen- und Anderffensstraße sollen drei Schulhäuser erbaut werden. Das mittlere dieser drei Gebäude soll zuerst fertiggestellt werden. Bei der Ausarbeitung eines Entwurfes und Kostenanschlaget erfuhr der Ausschüsse V, die Anlage eines Schulbrauselades vorgesehen. Die Versammlung stimmte dem Antrage auf Beschluß des Berichterstatters, Stadtv. Scholz zu.

Bei dem Neubau der Mädchens-Mittelschule auf dem Grundstück Matthesstraße 70 hatte der Bauausschuss empfohlen und die Stadtverordnetenversammlung batte dem angestimmt, daß durch Vereinbarung des Bauprojektes 14,000 M. von der beantragten Baufsumme (151,100 M.) abzuziehen seien. Der Magistrat hat den Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung gemäß die Bauverwaltung angewiesen, Vorschläge zu machen, wie etwa, ohne den Bau zu verhindern, Einsparungen gemacht werden können. Die Bauverwaltung hält die in Frage kommenden Vereinfachungen für fachliche Beschränkungen, und ist ihrerseits, ohne den Gesamtentwurf des Gebäudes in Frage zu stellen, nur im Stande, Einsparungen im Betrage von 4600 Mark zu machen. Der Berichterstatter, Stadtv. Scholzmann, behauptet, daß sehr gut 14,000 Mark gespart werden könnten, wenn das projektierte Dach anstatt 8,50 Meter nur 4,25 Meter hoch gemacht würde. Der Berichterstatter empfiehlt Überweisung der Vorlage an Ausschüsse IV, was geschieht.

Mietsh.-Vertrag. Der Magistrat erfuhr die Stadtverordnetenversammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit dem Restaurant Wangloz hier selbst geschlossene Mietsh.-Vertrag über die Refektoriumsräume im Grundstück Heiliggeiststraße 1 unter Berücksichtigung des jährlichen Mietzinses von 2710 Mark auf 2200 Mark auf die Dauer von 8 Jahren verlängert wird. Der Referent, Stadtv. Seyde, beantragt Genehmigung und die Versammlung schallt los.

Sparschaffe. Nachdem durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Mai c. der Stadtv. für die städtische Sparschaffe

und damit auch die Einrichtung einer örtlichen Zweigstelle der städtischen Sparkasse, sowie die hierdurch entstehenden Verwaltungskosten genehmigt worden sind, hat sich Magistrat bemüht, geeignete Räume zur Unterbringung der Zweigstelle zu finden. Der Magistrat glaubt diese in dem Grundstück Sandstraße 12 gefunden zu haben. Der Mietzins beträgt 1650 Mk. jährlich, die Kosten der baulichen Einrichtung der Zweigstelle betragen nach Übergang der Kosten für das Mobilier rund 8400 Mk. Stadtv. Seyde beantragt Annahme, die Versammlung beschließt dementsprechend.

Dringlichkeits-Antrag. Der Magistrat erucht um Zustimmung, daß die Fahrbrücke über den stillen Graben in Weidenhof wieder hergestellt und die nachgewiesenen Kosten von 1200 Mark aus dem Haupt-Extraordinarium der Kammer für 1899 entnommen werden. Von dem scharfen Seine, welches die Kreischaussee in Weidenhof am Domitiuspalast bildet, wendet sich östlich der Landweg nach Simsdorf ab, der nach dem Weidenhof-Park und den großen, von denselben umschlossenen Wiesen und Ackerflächen führt. Dieser Weg kreuzt zuerst den Mühlgraben, die eigentlich Weidearm ist seit einiger Zeit für schweres Fuhrwerk gesperrt, da die auf den Wiederaufbau ruhenden Wiederaufläufen und die Bildungsstellen stark verfault sind, und auch die Wiederaufläufe einzulösen drohen. Den Pächter zu den Kosten heranzuziehen, müste nach dem alten Vertrag Abstand genommen werden. Die fernere Unterhaltung der Brücke ist im neuen Vertrage dem Pächter auferlegt. Der Berichterstatter, Stadtverordneter Heinze, bittet um Zustimmung, welche ausgesprochen wird.

Elektrizitätswerk. Der Magistrat überreicht der Stadtverordnetenversammlung die Rechnung über Errichtung des Elektrizitätswerkes. Das städtische Elektrizitätswerk ist nach Projekten der Handelsgesellschaft Siemens und Halske zu Charlottenburg im Jahre 1890 und folgende erbaut worden. Die Ausführung wurde von einer gebildeten, aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung bestehenden Kommission überwacht. Die erforderlichen Mittel wurden aus Anteilemitteln gedeckt. Insgesamt standen zur Verfügung 150,000 Mk. Thatsächlich aufgewandt wurden 148,569,85 Mk. So daß erhaltet blieben 18,430,15 Mk. Die vorliegende Rechnung hat eine Verzögerung dadurch erlitten, daß die der Rechnungslegung vorausgegangene, im Elektrizitätswerk vorgenommene Prüfung und Durchsicht der gesammelten Beläge sehr viel Zeit beansprucht hat. Diese Prüfung wurde wegen der großen Erweiterungsbauten unterbrochen, auch waren die betreffenden Schriftstücke durch Verlegung der Bureauräume verlegt gewesen. Die Referenten Stadtv. Baudirektor und Weihrauch empfehlen Genehmigung. Stadtv. Weihrauch erfuhr den Magistrat: In Erwägung I. daß mit den durch Überweisung auf das Giroonto der Firma Siemens und Halske entstandenen Kosten von mehr als 100 Mk. in Zukunft Anordnungen getroffen werden, daß derartige Kosten von den Referenten getragen werden; II. dem Magistrat anheimzugeben, für die Stadt Breslau bei der Reichsbaus ein Giroonto einzurichten zu lassen. Die Versammlung beschließt dem Antrage des Referenten entsprechend.

Abschluß von Verträgen. Die Ausschüsse I und VII empfehlen durch ihre Berichterstatter die Stadtv. Feige und Eppenstein, daß nach dem Antrage des Magistrats die Vereinbarung über die Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung bei Abschluß von Verträgen auf weitere fünf Jahre in Kraft bleibe. Oberbürgermeister Bender hat den bestehenden Zustand für nicht weniger als ideal, es sei ein Nebenkost, daß die Bauverwaltung immer an den Mindestforderungen den Zuschlag ertheilen müsse, und Arbeiten nicht freikünftig verzögert werden. Diese Thatsache verhindert es oft, daß die Geschäfte nicht ganz abgewickelt werden können. Wenn die Versammlung damit einverstanden ist, oder es anerkenne, so würde er der Deputations andere Vorschläge machen, und der Versammlung formulirte Vorschläge zuziehen lassen. Stadtv. Simon führt aus, daß die Ausschüsse wesentlich aus dem Grunde die Vorlage zur Annahme empfehlen, weil sonst inzwischen das Können mit dem Magistrat abgelaufen sei. Stadtv. Heilberg: In den Ausschüssen sei die Vorlage einer scharfen Kritik aufgesetzt worden, und man sei nur nicht in der Lage gewesen, eine neue Formulierung herzustellen. Die Versammlung ist mit zu viel Kleinarbeit beschäftigt, so daß sie dann oft das Interesse an großen Arbeiten verliere. Hierauf wird die Vorlage angenommen.

Ankauf von Terrain. Eine zum Rittergute Gräbschen gehörige Fläche von 3 Hektar 16,71 Ar soll von dem Rittergutsbesitzer Kloß und Klößkern von der Stadtgemeinde Breslau zum Preise von 3 Mark pro Quadratmeter erworben werden. Das Kaufziel im Betrage von 95,000 Mark soll dem Hauptextraordinarium der Kammer für 1899 entnommen werden. Der Berichterstatter Stadtv. Birkle empfiehlt Annahme, da nach seiner Meinung eine günstigere Gelegenheit sich kaum finden dürfte; der selbe beantragt Überweisung der Vorlage an Ausschüsse V. Im Anschluß hieran giebt Stadtv. Birkle Herz die Anregung, daß auch in Breslau eine andere Befestigung des Gemässes ins Auge gefaßt werden müsse. In anderen Städten wie Berlin hätte man sehr günstige Resultate mit der Verbrennung des Gemässes erzielt. Stadtv. Steuer bemerkt, daß in Hamburg schon vor langer Zeit Verbrennungsversuche gemacht worden sind, man dort aber schlechte Erfahrungen gemacht habe. Der Magistrat verfolgt unaufgegesselt die Versuche. Herr Oberbürgermeister Bender weiß darauf hin, daß man in England schon vor Jahrzehnten Verbrennungen mit der Müllverbrennung gemacht habe. Der Magistrat wird diese Art der Müllbeseitigung einführen, sobald ein Verfahren entdeckt ist, welches allen Anforderungen genügt.

Ankauf eines Grundstücks. Ein dem Gärtnereibesitzer Breuer gehöriges, in der Odervorstadt liegendes Grundstück von etwa 1.7704 Hektar soll zum Zwecke der Errichtung eines neuen Elektrizitätswerkes zum Preise von 250,000 Mark angekauft werden. Die Anzahlung von 73,400 Mark soll aus bereiteten Mitteln des Elektrizitätswerkes entnommen, der gesamte Kaufpreis aus der aufzunehmenden Anleihe gedeckt werden. Der Berichterstatter Stadtv. Gründl, findet den Kaufpreis zwar etwas hoch, ist aber der Meinung, daß die Zusammenlegung des zu erwerbenden Grundstückes, mit dem bereits der Stadt gehörenden Terrain zu dem ausgeschloßenen Zweck so wertvoll sei, daß der Kaufpreis nicht zu hoch erscheine. Redner beantragt Überweisung der Vorlage an die Ausschüsse IV und V. Stadtv. Joh. v. Dettingen, daß eine Ausschüsseinstellung sich erübrig. Am Preise sei nichts zu ändern, denn das Grundstück werde notwendig gebraucht. Der Magistrat habe einen sehr glücklichen Griff gehabt. Der Stadtv. Birkle spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Oberbürgermeister Bender bemerkt, daß sich die Frage der Angemessenheit des Kaufpreises theoretisch nicht beantworten läßt. Die Vorlage wird schließlich mit 51 gegen 32 Stimmen den Ausschüssen IV und V überwiesen.

Ankauf der alten Börse. Der Magistrat beantragt: I. das Grundstück der alten Börse, Blücherplatz 16, Roßmarkt 1 und Schloßstraße 1 vom Verein Christlicher Kaufleute anzukaufen; II. den Kaufpreis auf 1 Mill. Mk. festzustellen und ihn wie folgt zu teilen: 1. 100,000 Mark Baugeldung bei der Übergabe des Grundstückes an das Hauptextraordinarium für 1899 zu nehmen; 2. durch Übernahme des ungeteilten rund 400,000 Mark betragenden Restes von einem im Jahre 1891 bei der Schlesischen Provinzial-Hilfskasse mit ursprünglich 450,000 Mark ausgenommenen Darlehen, welches mit 3½ Prozent bis zu 1000 und nach festem Tilgungsplan mit ursprünglich ca. 1,11 Prozent (5000 Mk.) nebst ersparten Zinsen — jedoch in Hilfskassen-Obligationen — binnen 40 Jahren zu tilgen ist. 3. Der Rest von ca. 50,000 Mk. ist als eine mit 3½ Prozent verzinste, mit 1½ Prozent jährlich nebst ersparten Zinsen, und auf Basis der Börse auch in größeren Beträgen rückabbarbare Schuld der Stadt im Grundbuche einzutragen. III. Die Übernahme erfolgt am 1. April 1900. Der Berichterstatter Simon beantragt, die Vorlage von Ausschüssen II und V zu überwisen. Die Stadtv. Joh. und

Bischopp sind dafür, daß die Vorlage auch dem Ausschuß IV zu überwiesen sei.

Stadtv. Dettinger bespricht die Vorlage sehr eingehend und weist nach, daß diese nur eine Bereicherung der Verwaltung mit sich bringt wird. Wenn man 35,000 Mark für die Unterbringung eines Bau-Verwaltungsgebäude ausgeben soll, wäre es besser, auf südländischem Terrain ein großes Verwaltungsgebäude zu errichten, um die verschiedenen Verwaltungen unter ein Dach zu bringen.

Oberbürgermeister Bender sagt, die Stadt bestreite im Innern der Stadt keine so großen Plätze, um Verwaltungsgebäude aufzuführen zu können. (Bürokratenvorstadt Borscht.) In die Vorstadt kann man unmöglich diese Bureaus verlegen. Die Nebestände sind so groß, daß man an eine sofortige Befestigung derselben denken müsse. Stadtv. Mann meint, daß die Rechnung nicht ganz richtig sei, die Vorlage sei weder billig noch zweckentsprechend. Der Vorsitzende sagt sehr geeignet. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Vorlage an die Ausschüsse IV und V verwiesen. Gegen 6½ Uhr wurde in eine geheime Berathung eingetreten.

## Arbeitervertreter-Verein.

Nach § 42 des Unfallversicherungsgesetzes sind für jede Berufsgenossenschaft und wenn dieselbe in Sektionen getheilt auch für diese Arbeitervertreter zu wählen, dieselben sind von den Orts- resp. Betriebskantonskassen zu wählen. Diese Vertreter wählen ihrerseits wiederum die Beisitzer zu den Schiedsgerichten und zum Reichsversicherungsamte. Wie wichtig die Besetzung dieser Posten in der Sozialgesetzgebung durch Personen, die in jeder Beziehung für die Interessen der Verletzten eintreten, ist, dürfte bekannt sein. Dieselben werden auf vier Jahre gewählt, alle zwei Jahre scheidet die Hälfte aus. Es finden also auch jetzt wieder Erstwahlen statt; so sind für die Bekleidungs-, Tabak- und Nahrungsmittei-Berufsgenossenschaften die Wahlen von Seiten des Reichsversicherungsamtes ausgeschrieben. Wir fordern daher alle Gewerkschaften sowie Krankenkassen auf, geeignete Vertreter vorzuschlagen und die Adressen dem Vorsitzenden H. Brosig, Sonnenstraße 26, einzureichen. Die zu Wahlenden brauchen der Kasse nicht anzugehören, sondern nur in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt zu sein. Da nun die weiteren Wahlen bald folgen, speziell diejenigen, wo Sektionsbildungen bestehen und für uns in Breslau (wo auch die Schiedsgerichte ihren Sitz haben) sehr dringend auf geeignete Personen vorzuschlagen.

\* Einen schönen Erfolg hatten die am vorigen Sonntag in Liegnitz anwesenden Vertreter des Zentralvereins der Formier, welche zu dem Zweck erschienen waren, eine Zahlstelle dieser Gewerkschaft in Liegnitz zu errichten. Es traten sofort 37 Mitglieder der neuen Filiale bei, davon sind einige zwangsläufig aus dem Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereinen zu den modernen Gewerkschaften übergetreten. Hoffentlich unternehmen recht viele Arbeiter, auch aus anderen Berufen, ebenfalls diesen mutigen Schritt.

\* Der Verein für Sozialpolitik versendet soeben die Einladung zu einer diesjährigen Generalversammlung in Breslau, die vom 25. bis 27. September tagen wird. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Haushaltung und die gesetzliche Regelung. (Referenten: Geh. Regierungsrath Dr. Wilhelm-Berlin und Dr. A. Weber-Berlin.) 2. Die Lage des Hausratgewerbes. (Referent: Professor Dr. W. Stieba-Leipzig.) 3. Die Entwicklungstendenzen im modernen Deutschen Handel. (Generalreferent: Professor Dr. W. Sombart-Breslau; Spezialreferenten: Bajare, Waarenhäuser, Konsumvereine Professor Dr. R. Rathgen-Warburg und im Einvernehmen mit der Handelskammer Hannover, der Leiterin der Publikation über die Lage des Kleinhändels, Dr. Roske, Syndicus der dortigen Handelskammer.)

\* Eine Hexe ist in der Schule. Man sollte es kaum für möglich halten, daß dieser Ruf heute, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, in der Großstadt Breslau noch irgendwelchen Widerhall finden kann, und doch — gestern noch war er im Stande, in der Nähe von Schulgebäuden Hunderte von Übergläubischen, Neugierigen und Leichtfertigen anzusammeln. In der Löherstraße hatten sich von 4 Uhr am bis Abends gegen 1/10 Uhr solche Menschenmassen angehäuft, daß es kaum möglich war, durchzukommen. Der oberflächliche Schätzungen nach beobachteten etwa 500 Kinder und einige Hundert Erwachsene mit angstfüllten Augen die Fenster des Schulhauses, um die Hexe zu sehen, die schon vorher die Tafel mit Blut beschrieben und ein blutiges Luch zurtüpfeln hatte. Selbst die Polizei schaute den Ansammlungen gegenüber machtlos gewesen zu sein, die „Hexengläubigen“ wichen nicht vom Platze. Ähnliche Szenen trugen sich auf der Reudorffstraße, Siebenhufenerstraße, Langgasse, Magazinstraße u. s. w. zu. Von Schule zu Schule wird jetzt im Flüstertone die Runde kolportiert und heute früh baten schon Kinder ihre Eltern, von der Schule wegbleiben zu dürfen — wegen der Hexe. Dabei lachten wir selbst die Beobachtung machen, daß er wahrscheinlich keine sich bemerkten, den Kindern solche Albernheiten in den Kopf zu setzen. Offenbar gehören diese Waschweiber beiderlei Geschlechts zu der Sorte jener, die nicht alle werben. Denn es ist ein geradezu frivoles Unterfangen, seine eigene Unwahrheit auch noch in kindliche Gemüther zu tragen. Verständige Eltern werden alles tun, um ihre Kinder für diesen Unsug durch Beklebung unzugänglich zu machen.

\* Reform des Submissionswesens. Eine Regelung des Submissionswesens, die zwar nicht in unserem Sinne, so doch immerhin besser als die sonst übliche ist, hat der Mainheimer Stadtrath beschlossen. Danach sollen: 1. Lieferungen bis zu 500 Mark "frei" Hand zu Gütekopien vergeben werden. 2. Lieferungen von 500—1000 Mark in erger Submission vergeben werden. 3. Lieferungen von 1000—2000 Mark können nur die Stadtv. Joh. und

1000 Mark in Lüsse zur allgemeinen Submission ausgeschrieben werden. 4. Bei Arbeiten über 500—5000 Mark hat der Justiztag nach dem bekannten Mittelpreisvorschlag des Stadtraths Barber zu erfolgen, jedoch mit der Einschränkung, daß keine Handelsware hier nicht in Betracht kommt und Angebote, welche 20 Prozent nach oben wie nach unten vom Voranschlag abweichen, unberücksichtigt bleiben. 5. Arbeiten und Lieferungen über 5000 Mark können an den Mindestforderungen verzehren werden. Da die finanzielle Tragweite bei der Einführung der Arbeitsvergebung nach dem Mittelpreis sich nicht vorher feststellen läßt, so wird der Stadtrath beim Bürgerausschuß sich die Erhöhung zur Probe weisen. Einführung dieser Bestimmung auf ein Jahr einholen.

\* Wochens-Bericht des statistischen Amtes der Stadt Breslau. In der Berichtswoche vom 28. Mai bis 3. Juni 1899 sind 63 Eheschließungen gemeldet worden. Von der Vorwoche wurden 24 Kinder geboren. Davon waren 19 männlich, 49 weiblich, 22 lebend geboren (113 männlich, 119 weiblich), 11 todbringend (10 männlich 2 weiblich). Einmaliglich der nachträgliche gemeldeten sind 174 Todesfälle (95 männlich, 76 weiblich) in der Berichtswoche vorgekommen. Todesursachen: Scharlach 2, Malaria und Adhela 1, Rose 1, Diphtherie 1, Grippe 1, Kindheitstotbett 1, Feuersturz 1, Unterleidkypus 1, Ruhf 1, Krebs 1, Magen- und Darmkatarrh 20, andere acute Darmkatarrhe 2, akuter Gelenkentzündungsatz 1, andere Infektionskrankheiten 1, Krebs 15, Gehirnkatarrh 8, Krämpfe 5, andere Krankheiten des Gehirns 3, Pungen- und Windpusten 23, Augen- und Luftdruck-Entzündung 10, andere akute Krankheiten der Atemhörgänge 3, andere Krankheiten der Atemorgane 4, Leberschwäche und Atrophie der Kinder 12, alle übrigen Krankheiten 55. Verunglüdung 3, Salbumord 2, Todschlag 1, unbekannt 1.

\* Breslau Einwohnerstatistik. Die Stadt Breslau besitzt Ende April ca. 410 200 Einwohner nach der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl.

\* Zeitgarten. Am Sonnabend, Sonntag und Montag wird Herr Kapellmeister Zimmer die Künstler persönlich dirigieren. Herr Zimmer hat in Paris, Wien, Berlin u. d. bedeutendsten Orten seiner Ertragen. Der Eintrittspreis ist trotz der großen Umfosten dieses Festivals nicht erhöht und bleibt 10 Pfennige.

\* Revision vor Aborte, Schamwünse etc. Im Laufe dieses Monats wird die allgemeine gesundheitspolizeische Revision der bietigen Strägen, Knochen, Schamwünze, Aborte u. s. w. sowie hämorrhoidaler Grundulde angeboten werden. Der Polizeipräsident erlaubt die Grundhördelde, nicht nur soviel für die gründliche Revision eine so handlicher Wändel zu lassen, sondern auch den bestellten Revisionen Kommissionen bei ihren Untersuchungen und Ausordnungen die größte Bereitwilligkeit entgegen zu bringen.

\* Großer Aufzug. Als am 4. d. Jhs. Abends gegen 11 Uhr, ein Omnibus von Lößnitz nach Breslau fuhr, befanden sich unter den Fahrgästen auch vier junge Männer, von denen sich eines durch große Weigeduldigkeit auffällig machte. Unter anderem befand er darauf, auf dem Boden des Wagens Platz zu nehmen. Der Kutscher sah das gefährlich, den dreifachen Fahrgäste auf dem Wagen zu weilen und rief ihm zu, daß auch die anderen drei Personen den Wagen. Nach einiger Zeit kam der Fahrgäste auf einem Ende, welches er sich von einem Bekannten gehoben haben muß, dem Omnibus niederzufallen, und legte sein an Höhe grenzendes reiches Vermögen frei. Er war dem Richter Sand ins Gesicht, dies auf die Werbe ein und geräumte schließlich eine Schreibe, wonach die im Wagen liegenden gefährdet wurden. Der Kutscher saß auf dem Boden des Wagens und zog die rechte Hand verletzt zu haben. Seiner rafffam er in der Kürze die irgendeine Angabe zu seiner Entziehung machen kann, welche sich im Sommer 1898 des Polizeipräsidiums.

\* Feuer. In Schlossgarten waren Mittwoch Nachmittags ein Vor. der mit dem Feuerzeug der im freien hängenden Petroleumlampen bedroht. Als er nun in einer Faube die Verbündungsfest einer Faube rochen wollte und ein zu diesem Zweck benutztes, noch brennendes Streichholz fortwarf, gaben die Faube, Gaslaternen u. d. Rest, der auch das Orchester ergab. Der Schauspieler verlor gewissermaßen seine Fassung, ein weiteres Übertreten des Feuers zu verhindern. Die Faube ist ein Raub der Flammen geworden. — Gestern Nacht gegen 21 Uhr gerieten auf unbestimmte Weise in einem Nachtweg auf dem Hauses Leutnantstrasse 45 19 ein Koch mit Waffe, Reiter, einreiter, Brüder, sonst die Dienst. Dienste und Töt in Brand. Das Feuer wurde von der Feuerwehr mit einigen Minuten besser und der kleinen Handpumpe gelöscht.

\* Unfälle. Am v. d. Jhs. führte auf der Werderstraße ein Arbeiter vom Grindelstein beiladen zu Boden und verlegte sich am Hinterkopf. Der Mann wurde in seine Wohnung auf der Werderstraße gebracht. — Am 7. d. Jhs. Nachmittag, ließ auf der Kleiststraße ein Kutscher den von ihm geführten Wagen, um einen anderen, fahrbare geben. Hierbei wurde ein Schulmädchen von einem Pferd erfaßt und über den Linden Fuß geschlagen, der Fuß gestoßen wurde. Ein Arbeiter war in einer Stimmer auf dem Fuß des Kutschers bestellt und war als er von dem Kutscher weg, auf die Seite des Kutschers. Der Mann trat zurück und riefte ob, wobei er Kunden über dem rechten Fuß und an den linken Arm erhielt. — Auf einem Dampfer an der Spree, über Spree flog beim Beifügen eines Belegs der Hammer vom Hebel an und traf einen Arbeiter auf den linken Bein, wodurch ein Fuß abgeschnitten wurde. Der Mann ist in die Augsburger Klinik geflogen. — Einem Gewichtheben von der kleinen Großengasse wurde beim Zuschauen eines Zuges die Faule, die Faule eines Hintergründen abgerissen. Der Gewichtheber ist im Alten Lügdenhof gestorben. — Ein Arbeiter von der Großen Schmiedergasse verbrachte sich beim Rollen des Hauses auf der Werderstraße.

\* Diebstahl. Einem Schuhmacher wurde am Samstag im Spiegelgarten ein handgefertigtes Portemonnaie entwendet, welches 500 Pf., ein kleines Kreuz und einen kleinen Schlüssel enthielt. — In einem Geschäft wurde von einem Gemüsegewerbe eine Tasche aus der Sammeltrage gestohlen. — Einem Schuhmacher wurde eine Tasche aus der Sammeltrage gestohlen. — Einem Schuhmacher wurde ein kleiner schwarzer Mantel und eine Tasche aus der Sammeltrage gestohlen.

\* Seine Sachen erkannten sie am 1. d. Jhs. Nachmittag, in der Nähe des kleinen Schuhmachers der 31 Jahre alte Druckerei-Schreiber, welcher Goldene 12 genannt ist. Die Sachen waren nicht gefunden worden. Der Justiz soll sich einzumischen, da ein beschreibbares Demptor einen beweisen Stellenbrief bestätigte.

\* Vermißt. Das 14 Jahre alte Mädchen Anna Maria Schmid (Schmidgasse 12) nach jenem 5. d. Jhs. verschwunden. Das Mädchen trägt einen grauen Rock, eine blonde Jacke und eine blau-rosafarbene Schürze.

\* Polizeibüro. An das Polizeigebüro werden am 1. d. Jhs. 11 Sachen eingefüllt. — Gefüllt wurden: eine goldene Tasche, eine kleine Schrein, ein kleiner Domring, ein kleiner Schmuck, ein weißer Kerzenstiel, ein Paar Dames Schuhe, zwei klein Schuhe, ein goldener Stock, eine goldene Tasche, eine kleine Signetkette und zwei Goldschmiedekettchen der Kaiserlichen Schmiede. — Gefüllt wurden: eine goldene Tasche, die zum ersten Mal gekauft wurde. — Am 8. Jhs. ist ein Schuh mit der Sammeltrage durch einen 16 Jahre

alten Büschen eine silberne Küchenwaage, eine silberne Theekanne und eine silberne Milchkanne irrtümlich abgegeben worden. Der Eigentümer melde sich im Zimmer 34 des Polizeipräsidiums.

\* Die Buchdruckerei-Mitarbeiter Breslaus hielten Mittwoch, den 7. Jhs. Abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung im roten Löwen Kupfermiedestraße ab. Kol. Müller als Vorsitzender eröffnete die Versammlung. In das Bureau wurden gewählt Kol. Müller als erster, Sch. als zweiter Vorsitzender, Bödewig als Schriftführer. Hierauf erhielt Kell. Amdt. das Wort zur Berichtserstattung über die Verhandlungen des Verbandsstages in Berlin. Referent entledigte sich seiner Ansprache in einer Vortragsschrift (Näheres im Verbandsblatt "Solidarität"). Verteilen waren zum Verbandsstage 11 größere Drucksätze mit 16 Seiten. Außerdem waren anwesend der Verleger des Buchdrucker-Verbandes, Döbbin, welche die Vorsitzende der Gewerkschaftskommission Schiller und Legien. Zum Schluß gehabte Redner noch den famosen Buchhins-Vorlage und mahnte, sicher denn je zu unterschreiben. Da weiter nichts Vernerwertes zur Sprache gebracht wurde, schloß der Vorstand mit einem Hoch die ziemlich gut besuchte Versammlung. Hierauf stand eine Mitglieder-Verteilung statt.

\* Eine öffentliche Buchdruckerversammlung, die am Mittwoch Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt. In den Tarifverträgen sind die meistens wesentlichen Unterschiede zwischen der Tarifvertreter und den Arbeitnehmern enthalten. Auch die Arbeitsnachweise der Prinzipe und Gehältern, die dem Tarifamt unterstellt sind, beginnen sich gut zu entwickeln. Für die Ausübung des Tarifs ist ein Kommentar geschaffen, der etwa 200 Seiten umfaßt und von einer Kommission noch einmal durchgearbeitet wird. Der Kommentar ist ein Meisterwerk der Wissenschaft und gibt ein Bild von den Aufgaben, die den Arbeitern erwachsen, wenn erst einmal der Grund zu geregelten Arbeitsbedingungen durch eine Vereinbarung mit den Unternehmen gelegt ist. An den beständig aufgenommenen Vorträgen fand eine kurze Debatte statt. Als Kandidaten für die Gehaltsvertreter im diesjährigen Kreis wurden wieder die Kollegen Schlag und Helle aus Breslau nominiert. Schlag machte Kollege Helle auf das neue Wahlprinzip für Gewerkschaften, die Sachbearbeitung, aufmerksam, und zeigte, daß mit demselben auch unsere alte, eingesetzte Organisation zu Stunde gerichtet wird. Brauhaus-Bödewig folgte der Erforderung, daß an den Protestversammlungen verhälbig zu teilnehmen. An die öffentliche Halle sei eine Mitgliederversammlung, die nur innere Angelegenheiten des Ortes betreibt.

\* Siegnitz, 5. Jhs. In einer öffentlichen Zimmerer-Versammlung referierte Kollege Schmidt aus Breslau über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter in Deutschland. Er gab zu, daß das Bauwesen in den letzten Jahren einen großen Rückgang genommen habe, doch für die Arbeiter sei nur leichterung von den größeren Unternehmen abzusehen. Durch Kampf werden die Bauarbeiter in allen Orten für die geplante Verbesserungen bestehen. Es gibt die Absicht der Unternehmen den größten Schaden gezeigt haben, welche man allmählich die Lohnforderungen sowie Gehalte zu erzielen. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Beim Anfang des Vortrages wurde mitgeweckt, daß vor den Unternehmen noch keine Kündigung auf die Lohnförderung eingegangen sei. Obwohl einige Stimmen der Stoff bestürmten, wurde doch noch eine zweite Versammlung unterdrückt, in welcher der endgültige Beschluss über die geplanten Maßnahmen getroffen werden soll. Die Versammlung wurde für Montag Morgen 1 Uhr erneut aufgerufen und wird die Arbeitnehmer, daß der Arbeitgeber gewillt und ihre Bedingungen aufzugeben.

\* Siegnitz, 8. Jhs. Wegen Sachverständigenseins, verließ gegen 12 Uhr ein 35jähriger Schmied, wurde ein Steiger Arbeit im Betrieb.

\* Siegnitz, 9. Jhs. Der Bereich der Bergleute in Siegnitz ist nach beständigen Stimmen bekannt, daß die Streikenden durch einen Arbeitstag weiter freien.

\* Görlitz, 1. Jhs. Sonntagsabend Befrei. Der Befreiungszeitung wurde dieser Tag von einem mehrstündigen Streik unterbrochen. Ein ehemaliger Schmied ist in das Befreiungszeitungskloster gekommen und hat dort den betroffenen Zeitung, es dem Schmiede gestellt, währenddessen während der Zeitung eine schwere Schlägerei zwischen dem Schmied und dem Befreiungszeitungskloster stattgefunden.

\* Siegen, 1. Jhs. Görlitz am Sonntag, 1. Jhs. Der Befreiungszeitung wurde dieser Tag von einem mehrstündigen Streik unterbrochen. Ein ehemaliger Schmied ist in das Befreiungszeitungskloster gekommen und hat dort den betroffenen Zeitung, es dem Schmiede gestellt, währenddessen während der Zeitung eine schwere Schlägerei zwischen dem Schmied und dem Befreiungszeitungskloster stattgefunden.

\* Siegen, 1. Jhs. Befreiungszeitung wurde dieser Tag von einem mehrstündigen Streik unterbrochen. Ein ehemaliger Schmied ist in das Befreiungszeitungskloster gekommen und hat dort den betroffenen Zeitung, es dem Schmiede gestellt, währenddessen während der Zeitung eine schwere Schlägerei zwischen dem Schmied und dem Befreiungszeitungskloster stattgefunden.

\* Siegen, 1. Jhs. Befreiungszeitung wurde dieser Tag von einem mehrstündigen Streik unterbrochen. Ein ehemaliger Schmied ist in das Befreiungszeitungskloster gekommen und hat dort den betroffenen Zeitung, es dem Schmiede gestellt, währenddessen während der Zeitung eine schwere Schlägerei zwischen dem Schmied und dem Befreiungszeitungskloster stattgefunden.

\* Siegen, 1. Jhs. Befreiungszeitung wurde dieser Tag von einem mehrstündigen Streik unterbrochen. Ein ehemaliger Schmied ist in das Befreiungszeitungskloster gekommen und hat dort den betroffenen Zeitung, es dem Schmiede gestellt, währenddessen während der Zeitung eine schwere Schlägerei zwischen dem Schmied und dem Befreiungszeitungskloster stattgefunden.

\* Siegen, 1. Jhs. Befreiungszeitung wurde dieser Tag von einem mehrstündigen Streik unterbrochen. Ein ehemaliger Schmied ist in das Befreiungszeitungskloster gekommen und hat dort den betroffenen Zeitung, es dem Schmiede gestellt, währenddessen während der Zeitung eine schwere Schlägerei zwischen dem Schmied und dem Befreiungszeitungskloster stattgefunden.

Jamming. — Für Sonntag Nachmittag war eine gewisse Versammlung einberufen, die aber wegen geringer Teilnahme nicht abgehalten werden konnte. Wahrscheinlich hatte das schwere Wetter die Kollegen ins Freie gelockt. Das ist ja erklärlich, doch sollen die Metallarbeiter, welche immer über schlechte Löhne und ungünstige Behandlung klagen, nicht vergessen, daß Alles dies nur durch selten zusammenhalt abgedämpft werden kann. Darum rufen wir Euch nochmals zu: Ginein in den deutschen Metallarbeiterverband!

\* Brieschowitz, 8. Jhs. Gewerkschaftsversammlung am Sonntag, den 4. Jhs. Nachmittags 3 Uhr, fand im Hotel des Grossen Winter eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung statt. Der Besuch war den dortigen Verhältnissen entsprechend als beträchtlich zu bezeichnen. Aus Brieschowitz, Böhrze, Morgenroth, Königshütte und Beuthen waren Kollegen erschienen, um an der Versammlung teil zu nehmen. Ein reges Interesse herrschte bei den Thellnehmern. Dabei muß man bedenken, daß die meisten Versammlungsbetreuer (Zimmerer und Metallarbeiter) einen gut zweistündigen Aufenthalt von Königshütte nach Brieschowitz auf laubiger Landstraße hinter sich hatten. Als Referenten sprachen der Vorsitzende im Verbandsblatt "Solidarität". Verteilen waren zum Verbandsstage 11 größere Drucksätze mit 16 Seiten. Außerdem waren anwesend der Verleger des Buchdrucker-Verbandes, Döbbin, welche die Vorsitzende der Gewerkschaftskommission Schiller und Legien.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über die Verhandlungen des Tarifvertreter in München. Fast 2200 Firmen mit über 27.000 Buchdruckerstellen haben den Tarif eingeführt und damit geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten hergestellt.

\* Eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung, die am Sonntag Abend in der "Neuen Post" tagte, war außerordentlich zahlreich besucht. Kollege Schlag berichtete über